

J.W.Ostendorf GmbH & co. KG

Rottkamp 2
D-48653 Coesfeld

Wien, am 18.06.2018

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl
Ihre Nachricht vom

Unsere Geschäftszahl
BMNT-UW.1.2.5/0330-V/5/2018

Sachbearbeiter(in)/Klappe
Mag. Amon/613443
maria.amon@bmnt.gv.at

Bescheid

Gegenstand: Zulassung des Biozidproduktes mit dem Namen „*Vectra Holzschutzgrund*“ der Firma J.W. Ostendorf GmbH & co .KG, im Wege der gegenseitigen Anerkennung
Zulassung eines weiteren Handelsnamen
Änderung verwaltungstechnischer Angaben der Wirkstoffhersteller
Änderung der Einstufung und Kennzeichnung
Aufhebung des Bescheides BMLFUW-UW.1.2.5/0012-VI/7/2013

Es ergeht folgender

Spruch

Die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus erteilt der Firma J.W.Ostendorf GmbH & co .KG, Rottkamp 2, D- 48653 Coesfeld (Deutschland) die Zulassung für das Biozidprodukt:

Vectra Holzschutzgrund

mit den Handelsnamen und der Zulassungsnummern:

Vectra Holzschutzgrund

AT/2012/Z/00099/8

AVANIA Holzschutzgrund

AT-0007996-0000

Beginn der Zulassung: 18. Juni 2018
Ende der Zulassung: 31. März 2020

Die Anlagen 1 und 1a über die Zusammensetzung, Beschaffenheit und Anwendungsbestimmungen des Produktes sind Bestandteil dieser Zulassung.

Gleichzeitig wird das oben genannte Biozidprodukt mit den angeführten Handelsnamen in das im Namen der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus bei der Umweltbundesamt GmbH geführte Biozidprodukte-Verzeichnis eingetragen.

Gleichzeitig wird die mit Bescheid GZ BMLFUW-UW.1.2.5/0012-VI/7/2013 vom 22. Jänner 2013 erteilte Zulassung für das Biozidprodukt „Vectra Holzschutzgrund“ gemäß § 5 Abs. 9 BiozidprodukteG a u f g e h o b e n.

Auflagen und Bedingungen

Die Zulassung wird mit den folgenden Auflagen und Bedingungen erteilt:

1. Das Kennzeichnungsetikett einschließlich einer allfälligen Gebrauchsanweisung und allfälligem Merkblatt sind der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus innerhalb von drei Monaten nach Erstellungsdatum dieses Bescheides zur Kenntnis zu übermitteln. Die Verantwortung für die Einhaltung der Vorschriften zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung und über Sicherheitsdatenblätter, sowie die Übereinstimmung der Kennzeichnung mit dem Zulassungsbescheid obliegt der Zulassungsinhaberin.
2. Alle nachträglich bekannt gewordenen Beobachtungen und Daten, die sich auf die Zulassungsvoraussetzungen auswirken könnten, sind der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Insbesondere zu melden sind Informationen über mögliche gefährliche Auswirkungen des Produktes auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder über mögliche unannehmbare Auswirkungen auf die Zielorganismen und die Umwelt. Weiters zu melden sind Informationen über Unwirksamkeit bzw. unwirksame Konzentrationen oder unwirksame Aufwandmengen des Produktes. Zur Erhebung letztgenannter Informationen ist folgender Satz auf dem Etikett zu übernehmen: „Bei Unwirksamkeit des Produktes ist der Zulassungsinhaberin zu informieren.“
3. Die folgenden Aufzeichnungen sind zu führen und nach Aufforderung durch die Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus unverzüglich mitzuteilen:
 - Vertreiber: Unternehmen, die das Biozidprodukt in Österreich von der Zulassungsinhaberin übernehmen;
 - die jährlich in Österreich vertriebenen Mengen, gegebenenfalls pro Vertreiber, einschließlich Eigenvertrieb und –anwendung.

4. Im Sicherheitsdatenblatt ist im Abschnitt 1 oder ersatzweise im Abschnitt 15 die Zulassungsnummer anzugeben.
5. Verpackungen dieses Biozidproduktes in der Form und Aufmachung und mit der Kennzeichnung, die vor Datum dieses Bescheides rechtmäßig verwendet worden sind, dürfen noch für 6 Monate nach dem Beginn dieser Zulassung hergestellt, eingeführt und abgegeben werden. Verpackungen, die sich bis zum Ablauf dieser Frist nachweislich in Österreich im Handel befinden, dürfen dann noch weitere 6 Monate in dieser Form, Aufmachung und mit der beschriebenen Kennzeichnung abverkauft werden.
6. Die Auflage wird erteilt, dass das behandelte Holz einer Oberflächenbehandlung mit einem Deckanstrich (z. B. mit Farbe) bedarf. Die Oberflächenbehandlung muss laufend instand gehalten werden. Die Angaben müssen deutlich auf einem Produktbeschreibungsbogen oder Ähnlichem angeführt sein, der mit dem behandelten Holz ausgeliefert wird.
7. Gemäß Antrag auf verwaltungstechnische Änderung vom 05. August 2016 wurde dem Biozidprodukt „Vectra Holzschutzgrund“ ein weiterer Handelsname „AVANIA Holzschutzgrund“ hinzugefügt.
8. Gemäß Antrag auf verwaltungstechnische Änderung vom 05. August 2016 wird für den Wirkstoff „IPBC“ der Wirkstoffhersteller wie folgt hinzugefügt: "Troy Chemical Europe BV, Uiverlaan 12E, 3145 XN, Maassluis, Niederlande".
9. Gemäß Antrag auf verwaltungstechnische Änderung vom 05. August 2016 wird für den Wirkstoff „Propiconazol“ der Wirkstoffhersteller wie folgt hinzugefügt: "Janssen PMP, a division of Janssen Pharmaceutica NV“, Turnhoutseweg 30, 2340 Beerse, Belgien.
10. Gemäß Antrag auf verwaltungstechnische Änderung vom 05. August 2016 wird der Wirkstoffhersteller „Dow Benelux BV, Herbert H. Dowweg 5, NL-4530 Terneuzen, Niederlande“ für den Wirkstoff „Propiconazol“ gestrichen.
11. Gemäß Antrag des Zulassungsinhabers auf verwaltungstechnische Änderung vom 5. August 2016 wird die in Anlage 1 genannte Einstufung und Kennzeichnung des Produkts "Vectra Holzschutzgrund" geändert, um der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 zu entsprechen.

Rechtsgrundlagen

Biozidproduktegesetz, BGBl. I Nr. 105/2013 (im Folgenden BiozidprodukteG), insbesondere die §§ 3, 5, 12 und 6;

Verordnung (EU) Nr. 528/2012 (im Folgenden Biozidprodukteverordnung), insbesondere die Artikel 17, 18, 19, 22, 29, 33, 50, 66, 68, 69 und die Unionsliste gem. Art. 9.

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 354/2013 Änderungsverordnung

Begründung

Verfahrensverlauf

Auf Grund des von der Firma J.W.Ostendorf GmbH & co .KG eingebrachten und am 23. Dezember 2011 eingelangten Antrages wurde vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft mit Bescheid GZ BMLFUW-UW.1.2.5/0012-VI/7/2013 vom 22. Jänner 2013 für das Biozidprodukt „*Vectra Holzschutzgrund*“ und den damit verbundenen Handelsnamen die Zulassung im Wege der gegenseitigen Anerkennung erteilt.

Am 5. August 2016 ist von der Firma für die gegenständliche Biozidproduktfamilie im Wege des Registers für Biozidprodukte („R4BP“) ein Antrag auf verwaltungstechnische Änderung (case no: BC-RM026292-32) in Österreich gestellt worden, der am 01. September 2016 angenommen worden ist.

Die Antragstellerin hat alle gemäß Biozidprodukteverordnung erforderlichen Unterlagen zur Beurteilung der Zulassungsvoraussetzungen vorgelegt.

Die Voraussetzungen der Biozidprodukteverordnung sind im Bewertungsverfahren geprüft und die Zulassungsfähigkeit der beantragten Änderungen des Biozidproduktes unter den im Spruch genannten Auflagen und Bedingungen festgestellt worden.

Mit der Geschäftszahl BMNT-UW.1.2.5/0071-V/5/2018 ist der Bescheidentwurf der Antragstellerin zur Stellungnahme bis 08. April 2018 übermittelt worden. Sie hat binnen offener Frist keine Einwände erhoben.

Begründung für die erteilten Auflagen und Bedingungen

Die Erteilung von Auflagen und Bedingungen war notwendig, um eine sachgerechte Verwendung der Biozidproduktfamilie zu gewährleisten; sie werden folgendermaßen begründet:

- Ad 1. Die Übermittlung der Kennzeichnungsetiketten dient der Überprüfung der Umsetzung von Anlage 1, die stichprobenartig und im Anlassfall durchgeführt wird.
- Ad 2. Die Übermittlung von Informationen und Neuerungen, die eine Änderung dieser Zulassung erforderlich machen können, ist notwendig, damit die Biozidbehörde die entsprechenden Änderungen oder Anpassungen im vorliegenden Bescheid durchführen kann.
- Ad 3. Die Biozidprodukteverordnung (Art. 68 Abs. 1) verpflichtet Zulassungsinhaber, Aufzeichnungen über Biozidprodukte, die sie in Verkehr bringen, mindestens zehn Jahre aufzubewahren. Auf Anfrage müssen sie der zuständigen Behörde

diese Informationen zu Verfügung stellen.

- Ad 4. Die Eintragung der Zulassungsnummer in das Sicherheitsdatenblatt dient der klaren Identifizierung der Biozidproduktfamilie und seiner Handelsnamen in der Lieferkette.
- Ad 5. Die Abverkaufsfrist für Verpackungen des Biozidproduktes, die vor der Erlassung dieses Bescheides zulässig waren, ist als Auflage im Zulassungsbescheid vorzusehen, da die Umstellung der Verpackungen auf die durch diesen Bescheid festgelegten Anforderungen aus technischen Gründen einen entsprechenden zeitlichen Aufwand benötigt. Die Abverkaufsfrist von insgesamt zwölf Monaten konnte festgelegt werden, weil sich im Hinblick auf die zu beachtenden inhaltlichen Elemente der Gefahrenkennzeichnung keine wesentlichen Änderungen ergeben haben. Die Abverkaufsfrist erfasst nur Packungen, die den allgemein geltenden Anforderungen an Form, Aufmachung und Kennzeichnung für Biozidprodukte entsprechen.

Während der ersten sechs Monate dieser Abverkaufsfrist ist auch die Herstellung und das Einführen von (alten) Packungen dieses Biozidproduktes noch zulässig, während der letzten sechs Monate dieser insgesamt zwölf Monate langen Abverkaufsfrist dürfen jedoch nur mehr vorhandene Lagerbestände jener Packungen abverkauft werden, die spätestens während der ersten sechs Monate erzeugt oder nach Österreich eingeführt worden sind.

- Ad 6. Die Auflage hinsichtlich der Nachbehandlung des Holzes mittels Deckanstrich und der Weitergabe eines Produktinformationsbogens war vorzusehen, weil der Deckanstrich von der dänischen Behörde vorgeschrieben wurde.
- Ad 7. Dem Antrag auf Zulassung eines weiteren Handelsnamen „AVANIA Holzschutzgrund“ für das Biozidprodukt „Vectra Holzschutzgrund“ konnte stattgegeben werden, da aus den Unterlagen ersichtlich ist, dass das gegenständliche Produkt mit dem Biozidprodukt „Vectra Holzschutzgrund“ identisch ist. Daher sind die Zulassungsvoraussetzungen erfüllt.
- Ad 8. Dem Antrag auf verwaltungstechnische Änderung auf Hinzufügung des Herstellers "Troy Chemical Europe BV, Uiverlaan 12E, 3145 XN, Maassluis, Niederlande" für den Wirkstoff „IPBC“ konnte stattgegeben werden, da die technische Äquivalenz gemäß Artikel 54(4) der Biozidprodukteverordnung festgestellt wurde und der Hersteller in der Liste gemäß Artikel 95 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 aufgeführt ist.
- Ad 9. Dem Antrag auf verwaltungstechnische Änderung auf Hinzufügung des Herstellers "Janssen PMP, a division of Janssen Pharmaceutica NV", Turnhoutseweg 30, 2340 Beerse, Belgien" für den Wirkstoff „Propiconazol“ konnte stattgegeben werden, da die technische Äquivalenz gemäß Artikel 54(4) der Biozidprodukteverordnung festgestellt wurde und der Hersteller in der Liste gemäß Artikel 95 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 528/2012 aufgeführt ist.
- Ad 10. Dem Antrag auf Streichung des Names und der Adresse des Wirkstoffherstellers „Dow Benelux BV, Herbert H. Dowweg 5, NL-4530 Terneuzen, Niederlande“ des Wirkstoffs „Propiconazol“ konnte

stattgegeben werden, da dies aus den Unterlagen ersichtlich ist.

Ad 11. Dem Antrag auf Änderung der Einstufung bzw. Kennzeichnung konnte stattgegeben werden, da sich die Änderung auf das beschränkt, was zur Einhaltung der neu geltenden Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates notwendig ist.

Für das Biozidprodukt „Vectra Holzschutzgrund“ und den damit verbundenen Handelsnamen wurde mit Bescheid GZ BMLFUW-UW.1.2.5/0012-VI/7/2013 vom 22. September 2013 eine bis zum Ablauf des 31. März 2020 befristete Zulassung erteilt.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann binnen vier Wochen Beschwerde an das örtlich zuständige Landesverwaltungsgericht erhoben werden.

Die örtliche Zuständigkeit richtet sich gemäß § 3 Abs. 2 Z 1 VwGVG i.V.m. § 3 Z 2 und 3 AVG in Sachen, die sich auf den Betrieb eines Unternehmens oder einer sonstigen dauernden Tätigkeit beziehen, nach dem - in einem österreichischen Bundesland gelegenen - Ort, an dem das Unternehmen betrieben oder die Tätigkeit ausgeübt wird oder werden soll.

Ergibt sich dadurch keine örtliche Zuständigkeit eines Landesverwaltungsgerichts, ist die örtliche Zuständigkeit nach dem in Österreich gelegenen Sitz oder Aufenthalt des Beteiligten zu ermitteln.

Lässt sich die örtliche Zuständigkeit nach den vorigen Absätzen nicht bestimmen, ist gemäß § 3 Abs. 3 VwGVG das Verwaltungsgericht im Land Wien zuständig.

Die Beschwerde ist bei der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus im Wege der Abt.V/5 einzubringen.

Sie ist gemäß BuLVwG-Eingabengebührverordnung, BGBl. II Nr. 387/2014, zu vergebühren.

Die Gebühr ist auf das Konto des Finanzamtes für Gebühren, Verkehrsteuern und Glücksspiel (IBAN: AT83 0100 0000 0550 4109, BIC: BUNDATWW) zu entrichten. Auf der Zahlungsanweisung ist als Verwendungszweck die Geschäftszahl anzugeben.

Bei elektronischer Überweisung der Beschwerdegebühr mit der E-Banking-Anwendung „Finanzamtszahlung“ ist als Empfänger das Finanzamt für Gebühren, Verkehrsteuern und Glücksspiel (IBAN siehe oben) anzugeben oder auszuwählen. Weiters sind die Steuernummer / Abgabekontonummer 109999102, die Abgabenart

„EEE-Beschwerdegebühr“, das Datum des Bescheides als Zeitraum und der Betrag anzugeben.

Der Beschwerde ist - als Nachweis der Entrichtung der Gebühr - der Zahlungsbeleg oder ein Ausdruck über die erfolgte Erteilung einer Zahlungsanweisung anzuschließen.

Für die Bundesministerin:

Dr. Thomas Jakl

2 Anlagen

Elektronisch gefertigt